

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 47 / 463
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DJS

Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2015

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Imhof Erwin, Bottighofen
Mitglieder: Hugentobler Walter, Matzingen
Lei Hermann, Frauenfeld
Leuthold Stefan, Frauenfeld

Geschäftsbericht 2015 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2015

Allgemeines zum Departement

Die Erfolgsrechnung 2015 des Departements für Justiz und Sicherheit schliesst gegenüber dem Budget 2015 um 2.5 Mio. Franken besser ab. Erfreulich sieht auch der Vergleich der Rechnung 2015 zu 2014 aus. Der Aufwandüberschuss ist im letzten Jahr um 3.4 Mio. Franken (8.3 %) tiefer ausgefallen.

Personelles

Im ersten Amtsjahr musste Regierungsrätin Cornelia Komposch die Leitung von vier Ämtern neu besetzen. Beim Konkursamt und Betreibungsinspektorat übernahm Herr Roger Wiesendanger am 1. Mai 2016 die Leitung des Amtes von Walter Häberlin. Im Amt für Bevölkerungsschutz und Armee hat am 1. Juni Herr Hans-Peter Schmid die Arbeit aufgenommen. Er ersetzt Urs Alig, der in die Privatwirtschaft wechselte. Am 1. August 2016 übernimmt der neue Kommandant der Kantonspolizei, Jürg Zingg, das Korps. Hans Baltensperger wird seinen Nachfolger noch rund einen Monat begleiten und wird dann in den wohlverdienten Ruhestand treten. Am 1. Oktober 2016 tritt der Amtsleiter des neuen Amtes für Justizvollzug, Herr Silvio Stierli, seine Stelle an. Ein grosser Dank geht an die abtretenden Amtschefs für die geleistete Arbeit. Den Gewählten wünschen wir viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Im neuen Amt für Justizvollzug wurden die beiden bisherigen Abteilungen Straf- und Massnahmenvollzug sowie Bewährungsdienst zusammengelegt zur neuen Abteilung „Vollzugs- und Bewährungsdienste“. Dem Amt für Justizvollzug sind im Weiteren das Massnahmenzentrum Kalchrain und die Gefängnisse angeschlossen. Das neue Amt hat faktisch am 1. Januar 2016 den Betrieb aufgenommen und wird bis Ende September von Stephan Felber und Armin Malär interimistisch geleitet.

Die Kreisreorganisation der Grundbuchämter und Notariate sowie der Betreibungs- und Friedensrichterämter ist gut abgelaufen und auf den 1. Juni 2016 umgesetzt worden.

2/6

Waffenplatz / Armasuisse

In der Sommer- und Herbstsession 2016 werden der National- und Ständerat über das Rüstungsprogramm16 und die Immobilienstrategie 16 befinden. Im Vorfeld zu diesen beiden Geschäften hat die Sicherheitskommission des National- und Ständerates dem Waffenplatz Auenfeld einen Besuch abgestattet und sich die Situation vor Ort erklären lassen – mit dabei der neue Bundesrat Guy Parmelin. Der Regierungsrat hat ein grosses Interesse daran, dass die eidg. Räte den genannten Strategien zustimmen, da der Waffenplatz enorm aufgewertet wird und eine grosse Wertschöpfung für die Region und den Kanton Thurgau mit sich bringt.

Von insgesamt 572 Mio. Franken Investitionen des VBS sollen alleine im Thurgau in einer ersten Etappe rund 270 Mio. Franken einerseits in ein neues Rechenzentrum (150 Mio. / 2019) und andererseits in die 1. Etappe Ausbau des Auenfeld (120 Mio. / 2017 bis 2020) investiert werden. Nebst dem Lehrverband Führungsunterstützung sollen weitere Truppen auf dem Auenfeld angesiedelt werden, was Arbeitsplätze schafft und mehr WK-Truppen nach Frauenfeld bringt.

Ämterbesuche 2016

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Staatsanwaltschaft
- Grundbuch- und Notariatsinspektorat
- Jagd- und Fischereiverwaltung

Bei der Staatsanwaltschaft besteht nach wie vor eine hohe Arbeitslast. Bei den Strafverfahren wegen Verbrechen oder Vergehen konnten im Jahre 2015 die Pendenzen von 2'322 auf 2'252 leicht abgebaut werden. Davon sind immer 64 Fälle von 2012 und älter. Andererseits nahmen die Eröffnungen im Vergleich zum Vorjahr von 5'310 auf 5'580 zu. Bei den Strafverfahren wegen Übertretungen haben die Eröffnungen markant zugenommen (13'726 auf 17'220). Aus diesem Grunde sind diese Pendenzen von 1'103 auf 1'390 angestiegen. Die drei befristeten a.o. Staatsanwalt-Stellen laufen Ende 2016 (zwei) und Mitte 2017 (eine) aus. Die Subkommission erachtet die Umwandlung dieser drei befristeten Anstellungen in ordentliche Stellen als notwendig. Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt Einfluss und ist bestrebt die Zielsetzungen des Pendenzenabbaus zu erreichen. Dabei bilden das Beschleunigungsgebot und das Controlling die obersten Maximen.

Beim Grundbuch- und Notariatsinspektorat wurden wir über den sehr guten Stand der Reorganisation eingehend informiert.

Die Gründe und mögliche Massnahmen der dramatisch gesunkenen Fänge der Berufsfischer auf dem Bodensee wurden diskutiert. Weitere Ausführungen dazu würden den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

5010-5017 Generalsekretariat

Der Bereich Straf- und Massnahmenvollzug verursachte Mehraufwendungen von 3.24 Mio. Franken. Diese Erhöhung ist vor allem auf die stetig zunehmenden stationären therapeutischen Massnahmen und Behandlung von psychischen Störungen von nach Art. 59 StGB verurteilten Personen zurückzuführen. Die Kosten variieren je nach Gefängnis und Klinik zwischen Fr. 180.- und 815.- pro Tag. Die notwendige Wiedereröffnung des regionalen Untersuchungsgefängnisses Frauenfeld verursachte rund 760'000 Franken an externen Personalkosten, welche nicht budgetiert waren.

5130 Grundbuchverwaltung und Notariate

Bei Erbfällen wird der Kostendeckungsgrad trotz Gebührenerhöhung auf den 01.01.2016 nur etwa 50 % ausmachen, weil die Notariate für die Steuerverwaltung Arbeiten ausführen, die nicht entschädigt werden. (z.B. Nachlassinventaraufnahme, Erbschaftssteuerberechnung)

5211-5212 Konkursamt und Betreibungsinspektorat

Der Kostendeckungsgrad bei den Ämtern der Friedensrichter ist gegenüber dem Budget um 21 % gesunken, weil der Aufwand zu optimistisch budgetiert wurde und die Erträge tiefer ausgefallen sind. Der Rückgang der Erträge hat zwei Gründe: Einerseits ist die Fallzahl der Schlichtungen von 1'353 auf 1'204 zurückgegangen, andererseits gab es eine leichte Zunahme von Forderungen aus dem Arbeitsrecht, für welche gemäss der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) keine Gebühren erhoben werden dürfen.

5250 Staatsanwaltschaft

Die Strafverfahren im Übertretungsbereich sind aus folgenden Gründen in den letzten zwei Jahren um 26 % und 43 % gestiegen:

Die Einführung der Halterhaftung im Strassenverkehrsgesetz (SVG) hat zu einer deutlichen Anhebung der Ordnungsbussen geführt. Hinzu kommen sehr viele Übertretungsverfahren, die auf anderen (kantonalen und bundesrechtlichen) Gesetzen als dem Strassenverkehrsgesetz beruhen, wie z.B. StGB, Betäubungsmittel-Gesetz (Konsum von Drogen), AHV-Gesetz, SchKG-Gesetz, kantonales Hundegesetz etc.. Diese Übertretungsstrafanzeigen haben stark zugenommen. Insbesondere greifen die Ämter heute viel schneller zur Strafanzeige als früher. Aber auch Private lassen sich nicht mehr so viel gefallen und machen schneller Anzeigen wegen Tötlichkeiten, geringfügigen Vermögensdelikten etc.

5310 Massnahmenzentrum Kalchrain

Bei der durchgeführten Energieverbrauchsanalyse wurden Wärme- und Stromverbrauch im MZK beurteilt. Das Gesamtergebnis der Studie bewertete die bereits getroffenen Massnahmen zur effizienten Nutzung der Energie als gut. Die grössten Aufwandsposten sind nebst der Erzeugung von Warmwasser (Nutzwasser und Heizung) die Stromkosten für die Beleuchtung (24 %), die Landwirtschaft (13 %) und die Küche (9 %). Es wurde ein Massnahmenpaket erarbeitet, welches in die Budgets des Hochbauamtes der nächsten Jahre einfließen soll.

Bei der Produktgruppe Pädagogik hat das Bundesamt für Justiz für das Jahr 2015 die Beiträge um Fr. 132'230 gekürzt, weil die geforderten zusätzlichen Stellen erst im Jahre 2016 besetzt wurden. Mit dieser Lösung konnten die zusätzlichen Stellen ordentlich veranschlagt werden. Wären die Stellen nicht bewilligt worden, hätte eine Wohngruppe geschlossen werden müssen, was Mindereinnahmen bei den Tagestaxen von Fr. 700'000 zur Folge gehabt hätte.

5410-5415 Strassenverkehrsamt

Zum Thema „Abgas-Skandale“ hat sich Strassenverkehrsamt wie folgt geäußert: Bei den sogenannten „Abgas-Skandalen“ handelt es sich um Manipulationen von Daten der Abgasmessungen und / oder Manipulationen der Prozesse, die zu den Resultaten führen. Diese komplexen Abgasmessungen unter der Vorgabe von definierten Fahrzyklen können im Strassenverkehrsamt nicht durchgeführt und die Resultate auch nicht überprüft werden. Die Festlegung der Abgaswerte werden von ausländischen Zulassungsbehörden geprüft und freigegeben. Die schweizerischen Zulassungsstellen (ASTRA / Bundesamt für Strassen und kantonale Strassenverkehrsämter) haben keinen Einfluss auf die Beurteilung oder gar Anpassung dieser Angaben. In der Schweiz werden diese Fahrzyklus-Messungen, aufgrund der Komplexität - im Rahmen der Zulassung dieser Fahrzeuge - nicht nachgemessen oder überprüft.

An verschiedenen Sitzungen zusammen mit dem ASTRA und den Importeuren hat sich der Chef des Strassenverkehrsamtes in seiner Funktion als Präsident der Vereinigung der Strassenverkehrsämter für ein koordiniertes Vorgehen eingesetzt, im Falle von Vorgehen, die Konsequenzen auf die Zulassung hätten (z.B. Verkehrsabgabenberechnung, Bonusgewährung).

5430-5440 Migrationsamt

Das Migrationsamt wird in diesem Jahr im Rahmen der Umsetzung des kantonalen Integrationsprogrammes (KIP) das Projekt Erstinformationsgespräche (EIG) starten. Alle neu aus dem Ausland zuziehenden Personen ohne Schweizer Pass, die Aussicht auf einen längerfristigen rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz haben (Ausweis B oder C) werden zu einem EIG eingeladen. Das Projekt wird mehrheitlich mit den Mitteln des Thurgauer Integrationsprogrammes bezahlt, welches wiederum mit Geldern von Bund und Kanton finanziert wird. Das Ziel ist, ihnen Orientierungswissen für die ersten Schritte der Integration zu vermitteln. An individuellen EIG werden ihnen rudimentäre Informationen über das Leben in der Schweiz und im Kanton mit weiterführenden Adressen vermittelt. Bei offensichtlichen Integrationsbedürfnissen (fremdsprachige Eltern mit Kindern im Vorschulalter, Eltern mit wenig oder keiner schulischer Ausbildung, spätzuge-

zogene Jugendliche, Erwachsene ohne Deutschkenntnisse) wird auf entsprechende Angebote hingewiesen.

Die EIG sollen dazu beitragen, dass sich die neuzugezogenen Ausländerinnen und Ausländer von Anfang an besser zurecht finden. Die Begrüssung und die Vermittlung von Informationen von Seiten der jeweiligen Wohngemeinde bleiben auch während des Pilotprojektes wichtig und unverzichtbar. Das EIG legt einen Grundstein der Gesamtinformation von Migrantinnen und Migranten. Es findet pro Person einmalig und ohne Folgetermin statt.

5450-5457 Jagd- und Fischereiverwaltung

Die ausführlichen Statistiken von Seite 51 bis 55 im Anhang I zum Geschäftsbericht müssen jährlich dem Bund abgeliefert werden. Diese Basisdaten bilden auch eine Grundlage für die Entscheide zu Bestimmungen in den Bereichen Jagd und Fischerei. Ein elektronisches System für die Erfassung von Wildstatistiken sowie für die Patenterstellung wird in Zusammenarbeit mit drei anderen Kantonen zurzeit geplant und umgesetzt.

5510 Kantonspolizei

Der Korps-Bestand per 1. Juni 2016 liegt bei 367 Polizistinnen und Polizisten. Mit der Brevetierung von 24 Aspirantinnen und Aspiranten sollte Anfang 2017 der definierte Sollbestand von max. 384 erreicht werden, sofern bei den Kündigungen und Pensionierungen nicht unerwartete Ausfälle entstehen. Mit der Massnahme der Lohnerhöhungen will man den Korpsbestand längerfristig halten und die Wechsel in andere Polizeikorps reduzieren.

Die Kantonspolizei hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Austritte von jüngeren Polizistinnen und Polizisten zu verzeichnen. Aufgrund von Austrittsgesprächen und anderen Hinweisen zeigte sich, dass diese Fluktuation auch im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und insbesondere mit der Lohnsituation zusammenhängt. Aus diesem Grunde startete das DJS im Herbst 2014 zusammen mit dem Verband Kantonspolizei Thurgau ein Projekt zur Lohnüberprüfung der Kantonspolizei. Das Projekt wurde so umschrieben, dass die Lohnstrukturen anderer Polizeikorps – namentlich der Grundlohn und die lohnrelevanten Zulagen - erhoben werden sollten, damit ein aussagekräftiger Vergleich mit der Lohnstruktur der Polizistinnen und Polizisten der Kapo Thurgau möglich ist. Aufgrund dieser Analyse sollte auch eine Aussage in Bezug auf die Marktgerechtigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Löhne der Kapo Thurgau möglich sein. Eine spezialisierte Firma wurde mit dem Lohnvergleich beauftragt. Deren Bericht lag im September 2015 vor und hielt zusammenfassend fest, dass sich der Arbeitsmarkt für Polizeimitarbeitende in den letzten Jahren flexibilisiert hat und die Wettbewerbs- und Rekrutierungsfähigkeit der Kantonspolizeien beeinflusst. Der Lohnvergleich zeigte, dass die Löhne der Aspirantinnen und Aspiranten und der Polizistinnen der unteren Dienstgrade im TG nicht wettbewerbsfähig sind. Das Lohnniveau liegt erheblich unter dem kantonalen Benchmark (bei 83 % / Durchschnitt kantonale Verwaltung bei ca. 95 %). Sodann wurde eine Lösung ausgearbeitet, die die Löhne der Dienstgrade Polizist, Polizei-Gefreiter, Polizei-Korporal, Polizeiwachtmeister und der Aspiranten berücksichtigt.

6/6

Insgesamt führen diese Lohnanhebungen bei der Kantonspolizei zu Mehrkosten von 1,2 Mio. Franken. Der Regierungsrat unterstützt die Lohnanpassungen in vorgelegter Höhe.

5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee

Bezüglich der Lage im Asylwesen stehen die Kantone in einem wöchentlichen Austausch mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM), welches die Lage analysiert und Empfehlungen abgibt. Der Bund hat die Kantone bereits im letzten Jahr dazu aufgefordert, sogenannte Arbeitsgruppen Koordination Asyl zu gründen und sich auf hohe Flüchtlingsströme vorzubereiten. Dies ist nun umgesetzt worden. Die Arbeitsgruppe steht unter der Leitung eines Mitarbeiters des ABA und fünf Vertretungen aus verschiedenen Ämtern. Der Auftrag der Arbeitsgruppe ist die Evaluation von Unterbringungsstandorten zu Gunsten des SEM im Sinne von Voraufnahmezentren.

GERICHTE

Die Erfolgsrechnung der Gerichte schliesst mit 1.16 Mio. Franken unter dem Budget ab und liegt damit knapp unter dem Vorjahresergebnis.

Bottighofen, 14. Juni 2016

Der Subkommissionspräsident:
Erwin Imhof, Bottighofen